

## **TOP 9b:**

---

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Die Stahlindustrie - Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa

COM(2016) 155 final

Drucksache: 142/16

In ihrer Mitteilung legt die Kommission dar, wie die europäische Stahlindustrie die kurz- und langfristigen Herausforderungen mit Hilfe der Mitgliedstaaten und der Organe der EU bewältigen kann. Dazu gehören die Beschleunigung von Anti-Dumpingverfahren, die Bekämpfung der Ursachen der weltweiten Überkapazität, Investitionen in Technologien für eine wettbewerbsfähige Industrie, Investitionen in die Qualifikation von Arbeitskräften sowie gezielte Maßnahmen in den Bereichen Wettbewerb, Energie, Emissionshandel und Kreislaufwirtschaft.

Die momentane Situation der Stahlindustrie sei durch erhebliche Überkapazitäten einiger Länder (insbesondere China), einen weltweiten Rückgang der Nachfrage und wachsende Importe aus China in den europäischen Raum sowie einen Preisverfall von bis zu 40 Prozent geprägt. Die daraus resultierenden weltweiten Folgen seien erhebliche Wettbewerbsverzerrungen, neue Handelsbeschränkungen und Hemmnisse sowie unlautere Handelspraktiken.

Im Einzelnen schlägt die Kommission deshalb insbesondere vor:

### **Entschlossenes Vorgehen gegen unlautere Handelspraktiken**

Neben den derzeitigen laufenden handelspolitischen Schutzmaßnahmen, verstärkten Untersuchungen (aktuell zehn neue Untersuchungsfälle) und Kontrollen kündigt sie an, die Modernisierung und Einführung weiterer Maßnahmen beschleunigt umzusetzen. Dazu gehört auch eine Analyse der geplanten Veränderungen auf WTO-Ebene zu den Antidumpingmaßnahmen gegen China unter anderem mit dem Ziel der Einrichtung langer Übergangsfristen.

### Stärkere Nutzung von Fördermitteln für Technologien und Wettbewerb

Neben der intensiveren Nutzung bestehender Finanzierungsinstrumente (unter anderem durch den Europäische Fonds für strategische Investitionen (44 Millionen), Horizont 2020, Risikofonds, Strukturfonds) sollen weitere Fördermittel (50 Millionen Euro für Forschungsfonds Kohle und Stahl) zu Spezialisierungs- und Forschungsprojekten (auch in den Bereichen Umwelt/Energie, Kreislaufwirtschaft) bereitgestellt werden.

### Investitionen in Humankapital

Ziel sei es, vorhandene und neue Arbeitskräfte optimal zu qualifizieren, um im weltweiten Wettbewerb durch hochwertige, innovative und technologieorientierte Arbeit und Produkte zu überzeugen. Nachteile, die durch den Strukturwandel oder standortbedingten Stellenabbau entstehen können, sollen durch gezielte finanzielle Mittel (im Rahmen des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung - bis 60 Prozent der Kosten) und arbeitspolitische Maßnahmen (unter anderem 27 Millionen für Fortbildung) abgefangen werden.

### Zusammenhang von Energiepolitik und Stahlindustrie

Bei der Überarbeitung des europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) dürfe es aufgrund der Klimapolitik zu keinen Nachteilen für die deutschen und europäischen Wirtschaftsstandorte gegenüber außereuropäischen kommen. Die kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten führe zu einem optimaleren Treibhausgasemissionshandel.

Ziel sei es außerdem, die Prozesse (Subventionen, Regelungen und Verbote) transparenter zu gestalten, schnelleres Handeln durch optimiertes Zeitmanagement zu ermöglichen und eine stärkere Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu gewährleisten.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 142/1/16** ersichtlich.